

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

23. Sitzung
23. Mai 2013

Beginn: 13.05 Uhr
Schluss: 15.49 Uhr
Anwesenheit: siehe Anlage 1
Vorsitz: Frau Abg. Renate Harant (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1. Der Senat wird durch Frau Sen Scheeres (SenBildJugWiss), Frau StS Klebba (SenBildJugWiss) und Herrn StS Rackles (SenBildJugWiss) repräsentiert.
2. Dem Ausschuss liegt die Einladung mit Tagesordnung sowie die Mitteilung zur Einladung vom 16.05.2013 vor. Danach wird die Tagesordnung – vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses – um folgenden Punkt 4 c) (neu) ergänzt:

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Entwurf der Verordnung über die Beteiligung an
den Kosten für ein in Tageseinrichtungen, der
Kindertagespflege und in außerunterrichtlichen
schulischen Betreuungsangeboten im Angebot
enthaltenes Mittagessen (Mittagessensverordnung –
MittagVO)**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

[0127](#)
BildJugFam

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Tagesordnung entsprechend der Mitteilung zur Tagesordnung um Punkt 4 c) (neu) zu ergänzen.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

1. Wie beurteilt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend, Familie und Wissenschaft den Umstand, dass in der Nachbarschaft der Kita an der Schwedenstraße ein Spritzenautomat für Drogenkonsumenten angebracht ist, so dass u. a. die Kitakinder in unmittelbarem Kontakt zu insbesondere gebrauchten Spritzen kommen und gibt es diesbezüglich bereits Gespräche zwischen den Senatsverwaltungen?
(auf Antrag der Fraktion der CDU)
2. Was genau plant der Senat im Hinblick auf die Einführung eines eigenständigen Schulfachen „Politik“?
(auf Antrag der Piratenfraktion)
3. Hat sich die Bewerbersituation bei den zum nächsten Schuljahr neu einzustellenden Lehrerinnen und Lehrern nach Verlängerung der Bewerbungsfrist verbessert?
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
4. Wann werden verbindliche Kriterien für die Beantragung von und den Umgang mit finanziellen Hilfen für Schulen in sogenannten sozial benachteiligten Gebieten festgelegt und handelt es sich bei den versprochenen Geldern um reine Personalmittel oder können sie auch für Sachausgaben verwendet werden?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Sen Scheeres (SenBildJugWiss) beantwortet die Fragen (siehe Inhaltsprotokoll).

b) **Bericht der Senatorin aus der
Kultusministerkonferenz bzw. der
Jugendministerkonferenz**

Entfällt.

Punkt 2 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|---|
| a) | Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/0643
Kitaausbau nur mit Qualität! (IV) Rolle der Bezirke stärken | 0084
BildJugFam
Haupt |
| b) | Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/0644
Kitaausbau nur mit Qualität! (V) Partnerschaften stärken und fördern | 0085
BildJugFam
Haupt |
| c) | Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/0847
Kitaausbau nur mit Qualität! (VI) Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern auf akademischem Niveau ausbauen | 0112
BildJugFam(f)
Wiss |
| d) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Wartelisten, Aufnahmegebühren, Kita-Bedarfsatlas – wie kommen Eltern zu einem Kita-Platz?
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) | 0057
BildJugFam |

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs.

Dem Ausschuss liegen schriftliche Stellungnahmen des Anzuhörenden Herrn Manderla (Vorsitzender des Landesverbands Berlin-Brandenburg der Katholischen Erziehergemeinschaft Deutschlands, KEG) und der Anzuhörenden Frau Prof. Dr. Dreyer (Alice Salomon Hochschule Berlin) vor.

Frau Abg. Möller (LINKE) begründet die Anträge zu den Punkten 2 a) bis 2 c) sowie den Besprechungsbedarf zu Punkt 2 d).

Es werden angehört:

- Herr Manderla (Vorsitzender des Landesverbands Berlin-Brandenburg der Katholischen Erziehergemeinschaft Deutschlands, KEG),
- Frau Sperle (Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden, DaKS e. V.) und
- Frau Prof. Dr. Dreyer (Alice Salomon Hochschule Berlin).

Frau Sperle (Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden, DaKS e. V.), Frau Prof. Dr. Dreyer (Alice Salomon Hochschule Berlin) und Frau Will (Landesverband Berlin-Brandenburg der Katholischen Erziehergemeinschaft Deutschlands, KEG) beantworten im Anschluss Fragen der Ausschussmitglieder. Frau Prof. Dr. Dreyer (Alice Salomon Hochschule Berlin) sagt zu, dem Ausschuss eine vergleichende Studie zu den beruflichen Erfahrungen von Absolventinnen und Absolventen kindheitspädagogischer Bachelorstudiengänge zur Verfügung zu stellen.

Frau Pfennig (Bezirksamt Pankow, Leiterin des Jugendamtes) und Herr Schworck (Bezirksstadtrat, Leiter der Abteilung Jugend, Ordnung, Bürgerdienste, Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg) geben Stellungnahmen ab und beantworten ebenfalls Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Aussprache, in deren Rahmen Frau Sen Scheeres (SenBildJugWiss) Stellung nimmt, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Punkte 2 a) bis 2 d) zwecks Auswertung des Wortprotokolls zu vertagen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/0416

[0066](#)
BildJugFam

Kinder und Jugendliche fördern – das Land ist in der Pflicht

Dem Ausschuss liegen die folgenden Änderungsanträge zu Punkt 3 der Tagessordnung vor:

1. Änderungsantrag der Piratenfraktion – Drucksache 17/0416-1 (Anlage 2).
2. Änderungsantrag der Fraktion Die Linke:

„Der Antrag wird wie folgt geändert:

1. Im ersten Satz werden die Worte ‚bis zum 31. 12. 2012‘ gestrichen.
2. Dem Antrag werden nach dem letzten Spiegelstrich folgende zwei Sätze hinzugefügt:

„Der Senat wird aufgefordert, bis zur Entwicklung eines neuen Finanzierungsmodells zumindest jedoch bis Ende 2015 die Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken auf der Grundlage eines Moratoriums mit einem Zwischenmodell zu finanzieren, das im Auftrag des Rates der Bürgermeister von einer Arbeitsgruppe beim Senat entwickelt und vom Ausschuss für Jugend sowie vom Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft des Rates der Bürgermeister beschlossen wurde.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 31.12.2013 zu berichten.“

Auf Antrag des Herrn Abg. Nolte (SPD) beschließt der Ausschuss einvernehmlich, Punkt 3 der Tagesordnung zu vertagen.

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|---|
| a) | Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/0894
Gesetz über die Qualitätsverbesserung des
Schulmittagessens | 0117
BildJugFam
Haupt |
| b) | Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/0838
Schulessen für Grundschülerinnen und -schüler
subventionieren | 0110
BildJugFam
Haupt |
| c) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Entwurf der Verordnung über die Beteiligung an
den Kosten für ein in Tageseinrichtungen, der
Kindertagespflege und in außerunterrichtlichen
schulischen Betreuungsangeboten im Angebot
enthaltenes Mittagessen (Mittagessensverordnung –
MittagVO)
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU) | 0127
BildJugFam |

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat vereinbarungsgemäß im Nachgang zur 22. Sitzung einen schriftlichen Fragenkatalog übermittelt. Die Antwort der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft liegt als Tischvorlage vor.

Zu Tagesordnungspunkt 4 a) liegen ferner ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 3), ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (Anlage 4) sowie ein Änderungsantrag der Piratenfraktion (Anlage 5) vor.

Herr Abg. Birk (GRÜNE) begründet den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Punkt 4 a).

Herr Abg. Delius (PIRATEN) begründet den Änderungsantrag der Piratenfraktion zu Punkt 4 a).

Frau Abg. Kittler (LINKE) begründet den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zu Punkt 4 a) sowie den Antrag der Fraktion Die Linke zu Punkt 4 b).

Im Rahmen der gemeinsamen Aussprache zu den Punkten 4 a) bis 4c) der Tagesordnung nehmen Frau Sen Scheeres (SenBildJugWiss) und Herr StS Rackles (SenBildJugWiss) Stellung.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss in Bezug auf die eingereichten Änderungsanträge zu Punkt 4 a) der Tagesordnung (Anlagen 3 bis 5) in Einzelabstimmung wie folgt:

Zu § 12 Abs. 4 Schulgesetz:

Der Änderungsantrag der Piratenfraktion (Anlage 5, Ziff. I.5) wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion abgelehnt.

Zu §19 Abs. 3 Schulgesetz:

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (Anlage 4, Ziff. I.1) wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Zu § 76 Abs. 3 Schulgesetz:

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 3, Ziff. I.2) wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (Anlage 4, Ziff. I.2) wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion abgelehnt.

Zu § 78 Abs. 2 Schulgesetz:

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 3, Ziff. I.3) wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Piratenfraktion (Anlage 5, Ziff. I.3) wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Zu § 109 Abs. 1 Schulgesetz:

Der Änderungsantrag der Piratenfraktion (Anlage 5, Ziff. I.4) wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion abgelehnt.

Zu § 13 a (neu) der Schulbeförderungs- und -betreuungsverordnung:

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (Anlage 4, Ziff. II.1 und Ziff. II.2) wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen

der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 3, Ziff. II.2) wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Piratenfraktion (Anlage 5, Ziff. II.1) wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Abschließend in Bezug auf Punkt 4 a) der Tagesordnung beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/0894 – zu empfehlen. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss zu Punkt 4 b) der Tagesordnung mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dem Plenum die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke – Drucksache 17/0838 – zu empfehlen. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung.

Die Besprechung zu Punkt 4 c) der Tagesordnung wird nach Kenntnisnahme des Entwurfs der Verordnung über die Beteiligung an den Kosten für ein in Tageseinrichtungen, der Kindertagespflege und in außerunterrichtlichen schulischen Betreuungsangeboten im Angebot enthaltenes Mittagessen (Mittagessensverordnung – MittagVO) einvernehmlich abgeschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (24.) Sitzung findet am 6. Juni 2013 statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Renate Harant

Tim-Christopher Zeelen